S 27 AS 1387/22 ER

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Sachsen
Sozialgericht	Sächsisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Grundsicherung für Arbeitsuchende
Abteilung	-
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	einstweiliger Rechtsschutz, Entziehung, Leistungsminderung, Mitwirkung, Sanktion
Leitsätze	Die Entziehung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach Versagen von Leistungen eines anderen Trägers bedarf einer Ermessensentscheidung, bei der das Recht über Leistungsminderungen zu berücksichtigen ist.
Normenkette	§ 5 Abs. 3 Satz 3 SGB II, § 66 SGB I, § 86b Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGG, § 86b Abs. 1 Satz 2 SGG

1. Instanz

Aktenzeichen	S 27 AS 1387/22 ER
Datum	11.11.2022

2. Instanz

Aktenzeichen	L 7 AS 591/22 B ER
Datum	06.01.2023

3. Instanz

Datum	-

Â Â

Â Â

Â

Â

Â

I. Die Beschwerde des Antragsgegners gegen den Beschluss des Sozialgerichts Dresden vom 11. November 2022 wird unter folgender AbÃ¤nderung der Beschlussformel zurÃ¼ckgewiesen:

Â

1. Die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs vom 05. November 2022 gegen den Bescheid vom 21. September 2022 wird angeordnet.

Â

2. Die Vollziehung des Bescheids vom 21. September 2022 wird aufgehoben und der Antragsgegner einstweilig verpflichtet, dem Antragsteller fÃ¼r Oktober 2022 bis Januar 2023 monatlich 681,- â¬ zu zahlen.

Â

II. Der Antragsgegner hat dem Antragsteller die notwendigen auÃergerichtlichen Kosten des Rechtsstreits zu erstatten.

Â

Â

Â

G r Ã¼ n d e :

I.

Im Streit ist die Entziehung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts ab Oktober 2022.

Â

Der 2001 geborene Antragsteller ist syrischer StaatsangehÃ¶riger, dessen Aufenthaltstitel als fortbestehend gilt *(Landeshauptstadt Aâ¦., bis 31.03.2023 gÃ¼ltige Fiktionsbescheinigung v. 05.05.2022)*.

Â

2017 zog der Antragsteller in die Wohnung seines 1993 geborenen Bruders (Yâ¦.) in Aâ¦.. Seit MÃ¤rz 2022 ist er Mieter einer Wohnung in Aâ¦. *(Mietvertrag v. 07.03.2022)*.

Â

Der Antragsteller besuchte zuletzt Abendoberschulen, zunÃ¤chst in Xâ¦. *(Schulbescheinigung v. 30.09.2020)* und dann in Aâ¦. *(Schulbescheinigung v. 06.09.2022)*.

Â

Der Antragsgegner erbringt dem Antragsteller seit April 2017 Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (Leistungen). FÃ¼r Oktober 2022 bis Januar 2023 bewilligter er ihmÂ Â Â 681,-Â â¬ monatlich *(Bescheid v. 16.08.2022)*.

Â

Nach Aufforderung des Antragsgegners *(Bescheid v. 23.02.2021, s. weiterhin Bescheid v. 21.07.2021)* stellte der Antragsteller bei der Landeshauptstadt Aâ¦., Amt fÃ¼r AusbildungsfÃ¶rderung (AfA), im MÃ¤rz 2021 einen BAfÃ¶G-Antrag und reichte im Juni 2021 Unterlagen hierzu ein *(AfA, Schreiben v. 14.09.2021)*. Am 10.09.2021 stellte der Antragsgegner fÃ¼r den Antragsteller einen BAfÃ¶G-Antrag *(AfA, Schreiben v. 14.09.2021)*. Mit Schreiben vom 11.08.2022 teilte das AfA dem Antragsgegner mit, einem im September 2021 geltend gemachten Erstattungsanspruch werde nicht entsprochen, da ein Versagungsbescheid aufgrund fehlender Mitwirkung erteilt worden sei. Mit Schreiben vom 05.10.2022 teilte der Antragsteller dem AfA mit, er habe die benÃ¶tigten Unterlagen bereits wiederholt versendet. Das AfA sandte dem Antragsteller â¦alle Unterlagenâ¦ zurÃ¼ck, da fÃ¼r das aktuelle Schuljahr kein Antrag von ihm vorliege *(Schreiben v. 23.11.2022)*. Am 16.12.2022 *(Schreiben seines BevollmÃ¤chtigten v. 14.12.2022)* erhob der Antragsteller Widerspruch gegen die Bescheide des AfA vom 11.08.2022 und 23.11.2022 *(AfA, EingangsbestÃ¤tigung v. 20.12.2022)*. DarÃ¼ber ist noch nicht entschieden.

Â

Nach einem â¦Hinweis auf Rechtsfolgenâ¦ *(Schreiben v. 22.08.2022)* entzog der Antragsgegner dem Antragsteller ab Oktober 2022 die Leistungen ganz *(Bescheid v. 21.09.2022)*, da er seinen Mitwirkungspflichten beim AfA nicht nachgekommen sei und ihm vom AfA mit bestandskrÃ¤ftigem Bescheid vom 11.08.2022 Leistungen versagt worden seien. Dagegen erhob der Antragsteller Widerspruch *(Schreiben v. 05.10.2022)*. DarÃ¼ber ist noch nicht entschieden.

Â

Am 10.10.2022 *(weiteres Schreiben v. 05.10.2022)* hat der Antragsteller beim Sozialgericht Dresden (SG) einstweiligen Rechtsschutz beantragt. Das SG hat den Antragsgegner verpflichtet, dem Antragsteller vorlÃ¤ufig Leistungen fÃ¼r Oktober 2022 bis Januar 2023 zu bewilligen *(Beschluss v. 11.11.2022)*. Ein Anordnungsanspruch sei glaubhaft gemacht worden. Eine besondere EilbedÃ¼rftigkeit liege vor.

Â

Gegen den â□□ ihm am 14.11.2022 zugestellten â□□ Beschluss hat der Antragsgegner am 15.11.2022 *(Schreiben v. selben Tag)* beim erkennenden Gericht Beschwerde eingelegt und die Aussetzung der Vollstreckung beantragt. Das SG habe weder den Sachverhalt korrekt erfasst noch sich mit dem geltenden Recht und Gesetz auseinandergesetzt. Bis zur Beschwerdeentscheidung habe die Vollstreckung aus dem rechtswidrigen Beschluss zu unterbleiben. Auf gerichtliche Nachfrage *(Schreiben v. 28.12.2022)* hat der Antragsgegner mitgeteilt, die Beschwerde aufrechtzuerhalten *(Schreiben v. 02.01.2023)*, da das AfA bislang an der Entscheidung vom 11.08.2022 festgehalten und Ã¼ber die WidersprÃ¼che des Antragstellers noch nicht entschieden habe. ZunÃ¤chst sei Ã¼ber den Aussetzungsantrag zu entscheiden und im Beschwerdeverfahren die Sache weiter aufzuklÃ¤ren *(Schreiben v. 05.01.2023)*.

Â

Der Antragsgegner beantragt,

1. den Beschluss des Sozialgerichts Dresden vom 11.11.2022 aufzuheben und den Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz abzulehnen sowie

2. die Vollstreckung des Beschlusses vom 11.11.2022 auszusetzen.

Â

Der Antragsteller beantragt,

Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â die Beschwerde zurÃ¼ckzuweisen.

Â

Der BevollmÃ¤chtigte des Antragstellers hat sich am 29.11.2022 angezeigt *(Schreiben v. selben Tag)* und nach Akteneinsicht auf die Beschwerde erwidert *(auf den 29.11.2022 datiertes Schreiben, dem Gericht am 23.12.2022 Ã¼bermittelt)*.

Â

Der Antragsgegner hat am 17.11.2022 und 02.12.2022 elektronische Akten vorgelegt.

Â

Die Beteiligten haben ihr EinverstÃ¤ndnis mit einer Entscheidung durch den Berichterstatter als Einzelrichter erklÃ¤rt *(Schreiben v. 18.11.2022 und 29.11.2022, eingegangen am 23.12.2022)*.

Â

II.

Die Beschwerde des Antragsgegners gegen den Beschluss des SG vom 11.11.2022 ist unbegrÃ¼ndet, ohne dass es in diesem Rechtsstreit der weiteren Erforschung des Sachverhalts von Amts wegen bedarf. DarÃ¼ber konnte der Berichterstatter als Einzelrichter entscheiden *(Â§ 153 Abs. 3 f. SGG)*. Mit der unverzÃ¼glichen Entscheidung Ã¼ber die Beschwerde nach Vorlage und Durchsicht der Leistungsakten sowie Beschwerdeerwiderung nach der zu gewÃ¤hrenden Akteneinsicht bedarf es â auch nach Vorberatung mit dem insoweit zustÃ¤ndigen Senatsvorsitzenden â keiner Entscheidung mehr Ã¼ber den Antrag auf Aussetzung der Vollstreckung *(Â§ 199 Abs. 2 Satz 1 SGG)*.

Â

Gegenstand des Verfahrens ist neben der vorinstanzlichen Entscheidung allein der Bescheid des Antragsgegners vom 21.09.2022, mit dem er dem Antragsteller die Leistungen ab Oktober 2022 ganz entzogen hat. Streitgegenstand sind einstweilige MaÃnahmen *(Â§ 86b SGG)* gegen die Entziehung der dem Antragsteller fÃ¼r Oktober 2022 bis Januar 2023 bewilligten 681,- â¬ monatlich. Eventuelle Verwaltungsakte des AfA sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens.

Â

Die Beschwerde ist statthaft *(Â§ 172 Abs. 1 SGG)*. Sie ist insbesondere nicht nach Â§ 172 Abs. 3 Nr. 1 SGG ausgeschlossen, da in der Hauptsache der Wert des Beschwerdegegenstands 750,- â¬ Ã¼bersteigt und deswegen die Berufung keiner Zulassung bedÃ¼rfte *(Â§ 144 Abs.Â 1 Satz 1 Nr. 1 SGG)*.

Â

Die auch im Ãbrigen zulÃ¤ssige, insbesondere form- und fristgerechte eingelegte *(Â§ 173 Satz 2 SGG)*, Beschwerde ist unbegrÃ¼ndet.

Â

Statthaft ist ein Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs vom 05.10.2022 gegen den Bescheid vom 21.09.2022 *(Â§ 86b Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGG)*, da der Widerspruch keine aufschiebende Wirkung hat *(Â§ 86a Abs. 2 Nr. 4 SGG i.V.m. Â§ 39 Nr. 1 SGB II i.d.F. des Gesetzes v. 26.07.2016, BGBl. I S. 1824)*, in Kombination mit einem Antrag auf Aufhebung der Vollziehung des Bescheids *(Â§ 86b Abs. 1 Satz 2 SGG)*, da nach dem sinngemÃ¤Ãen Vorbringen der Beteiligten dem Antragsteller von Oktober 2022 bis Januar 2023 keine Leistungen erbracht worden sind *(vgl. ausf. zur Statthaftigkeit dieses Antrags, zur Auslegung entsprechender Antragsbegehren und zum â hier mangels vorgetragener oder erkennbarer entgegenstehender Tatsachen vorliegenden â RechtsschutzbedÃ¼rfnis hierfÃ¼r z.B. Senatsbeschluss v. 11.09.2019 â L 7 AS 857/19 B ER â juris Rn. 26 ff.; zum einstweiligen Rechtsschutz bei einer Versagung von Leistungen vgl. indes z.B. Senatsbeschluss v. 29.10.2020 â L 7 AS 1170/19 B ER â juris Rn. 37)*.

Â

Die AntrÃ¤ge nach Â§ 86b Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Satz 2 SGG sind begrÃ¼ndet. Nach Â§ 86bÂ Â Â Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGG kann die aufschiebende Wirkung ganz oder teilweise und nachÂ Â Â§ 86b Abs. 1 Satz 2 SGG kann die Aufhebung der Vollziehung angeordnet werden. Nach Ã¼bereinstimmender Auffassung ist die aufschiebende Wirkung anzuordnen, wenn das Interesse des Antragstellers an der Aussetzung der Vollziehung des gegenstÃ¤ndlichen Verwaltungsakts (Aussetzungsinteresse) dem gegenlÃ¤ufigen Interesse des Antragsgegners (Vollzugsinteresse) Ã¼berwiegt, wobei zu den Entscheidungskriterien, deren Gewichtung sowie zum Umfang der AufklÃ¤rung der Sach- und Rechtslage unterschiedliche Auffassungen vertreten werden (*vgl. z.B. Burkiczak in: jurisPK-SGG, 2. Aufl., Â§ 86b Rn. 188 ff. und Keller in: Meyer-Ladewig u.a., SGG, 13. Aufl., Â§ 86b Rn. 12 ff.)*. Einigkeit besteht indes an der Orientierung an den Erfolgsaussichten in der Hauptsache, da am Vollzug eines rechtswidrigen Verwaltungsakts kein schÃ¼tzenwertes Interesse besteht und bei einem rechtmÃ¤Ãigen Verwaltungsakt das Vollzugsinteresse Ã¼berwiegt. Ist die Erfolgsaussicht in der Hauptsache nicht offensichtlich, sind alle sonstigen UmstÃ¤nde des Einzelfalls, die fÃ¼r und gegen die sofortige Vollziehung sprechen sowie deren Folgen, gegeneinander abzuwÃ¤gen *(vgl. wiederum z.B. Senatsbeschluss v. 11.09.2019 â L 7 AS 857/19 B ER â juris Rn. 30)*.

Â

Unter Beachtung dieser MaÃstÃ¤be ist die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs vom 05.10.2022 anzuordnen, da nach dem derzeit vorliegenden Sach- und Streitstand der Bescheid vom 21.09.2022 rechtswidrig ist, ohne dass es im Einzelnen auf den Ablauf und Stand der Verwaltungsverfahren beim AfA ankommt und weiterer Ermittlungen von Amts wegen bedarf. ErgÃ¤nzend ist zu berÃ¼cksichtigen, dass das Girokonto des Antragstellers bei der SÃ¤chsischen Sparkasse Aâ¦. (â¦.) bereits Anfang Oktober 2022 nur noch einen Kontostand von 35,87 â¬ aufwies *(Kontoauszug 5, Blatt 50)*, tatsÃ¤chliche Anhaltspunkte fÃ¼r andere Einnahmen oder sonstiges VermÃ¶gen des Antragstellers weder vorgetragen noch erkennbar sind und sein Existenzminimum einstweilig zu sichern ist.

Â

ErmÃ¤chtigungsgrundlage fÃ¼r die Entziehung der Leistungen ist Â§ 5 Abs. 3 Satz 3 SGB II *(i.d.F. des Gesetzes v. 26.07.2016,* BGBl. I S. 1824*)*. Ein vorheriger Hinweis *(*Â§ 5 Abs. 3 Satz 4 SGB II*)* ist erfolgt *(Schreiben v. 22.08.2022)*.

Â

Dahinstehen kann in diesem Verfahren insbesondere,

â ob und ggf. unter welchen weiteren Voraussetzungen Â§ 5 Abs. 3 Satz 3 SGB II bei einer vollstÃ¤ndigen Entziehung von (existenzsichernden) Leistungen mit dem Grundgesetz vereinbar sein kann *(zur notwendigen Ermessensentscheidung vgl. indes sogleich)*;

â□□ ob Â§ 5 Abs. 3 Satz 3 SGB II (â□□aufgrund eines Antrages nach Satz 1â□□) anwendbar ist, obwohl der Antragsteller bereits im MÃ¤rz 2021 einen BAfÃ¶G-Antrag gestellt hat, soweit auf diesen und nicht auf den Antrag des Antragsgegners vom 10.09.2021 nach Â§ 5 Abs. 3Â Â Satz 1 SGB II dem Antragsteller Leistungen nach dem BAfÃ¶G versagt worden sein sollten *(zum Erfordernis eines Antrags des LeistungstrÃ¤gers nach dem SGB II vgl. z.B. Luthe in: Hauck/Noftz, SGB II, Â§ 5 Rn. 168, Stand: Dezember 2021)*;

â□□ ob der Bescheid des AfA vom 11.08.2022 dem Antragsteller â□□ wie von ihm verneint â□□ bekanntgegeben und damit wirksam wurde *(Â§ 50 Abs. 1 Satz 1 BAfÃ¶G i.d.F. des Gesetzes v. 08.07.2019,* BGBl. I S. 1048*,* Â§ 68 Nr. 1 SGB I*,* Â§Â§ 37*,* 39 Abs. 1 SGB X*)*, obwohl er nach seinem BAfÃ¶G-Antrag umgezogen ist und seine neue Anschrift dem AfA nicht mitgeteilt habe sowie

â□□ wie das Schreiben des AfA vom 23.11.2022 rechtlich zu bewerten ist, nachdem fÃ¼r das aktuelle Schuljahr kein Antrag vorliege, der Antragsteller (weitere) Unterlagen eingereicht habe *(zur nachgeholten Mitwirkung vgl.* Â§ 5 Abs. 3 Satz 5 SGB II *und hierzu z.B. Becker in: jurisPK-SGB II, 5. Aufl., Â§ 5 Rn. 103)*, die Ausbildung beendet worden sei und es bei der Entscheidung laut Bescheid vom 11.08.2022 verbleibe.

Â

Denn selbst beim Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen des Â§ 5 Abs. 3 Satz 3Â Â Â SGBÂ II und ungeachtet einer evtl. nachgeholten Mitwirkung des Antragstellers beim AfA bedarf es jedenfalls Ã¼ber den Umfang der Entziehung nach Â§ 5 Abs. 3 Satz 3 SGB II einer Ermessensentscheidung des Antragsgegners *(insoweit Ã¼bereinstimmend z.B. Armborst in: MÃ¼nder/Geiger, SGB II, 7. Aufl., Â§ 5 Rn. 47; Luthe, a.a.O., Rn. 168 a.E.; Knickrehm in: Eicher u.a., SGB II, 5. Aufl., Â§ 5 Rn. 37 und in: Knickrehm/Kreikebohm/Waltermann, Kommentar zum Sozialrecht, 7. Aufl.,* Â§ 5 SGB II *Rn. 30; Marx in: Estelmann, SGB II, Â§ 5Â Â Â Â Â Rn. 64, Stand: August 2020)*. Bei einer solchen Ermessensentscheidung ist die (sog. Sanktions-) Entscheidung des BVerfG vom 05.11.2019 â□□ 1 BvL 7/16 zu berÃ¼cksichtigen, zumal anders als bei sog. Sanktionsentscheidungen *(*Â§ 31a Abs. 3 SGB II *in der bis zum 31.12.2022 geltenden Fassung)* bei einer vollstÃ¤ndigen Entziehung von existenzsichernden Leistungen keine Erbringung von Sachleistungen oder geldwerter Leistungen gesetzlich vorgesehen ist *(vgl. insb. Knickrehm in: Eicher, a.a.O.)* und auch nach dem Inkrafttreten des sog. BÃ¼rgergeld-Gesetzes vom 16.12.2022 *(BGBl. I S. 2328)* â□□Leistungsminderungenâ□□ *(Kapitel 3 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 SGB II)* ab Januar 2023 weiterhin auf insgesamt 30 Prozent des maÃ□geblichen Regelbedarfs begrenzt sind *(vgl. z.B.* Â§ 31a Abs. 1 Satz 3, Abs. 4 SGB II*; s. hierzu z.B.* BT-Drucks. 20/3873, S. 2*, 5 f., 90 ff.)*.

Â

Eine derartige Ermessensentscheidung enthÃ¤lt der Bescheid vom 21.09.2022 nicht ansatzweise. TatsÃ¤chliche Anhaltspunkte fÃ¼r eine Nachholung im Vorverfahren *(zur*

ZulÃ¤ssigkeit vgl. z.B. BSG v. 19.10.2021Â â□□ B 3 KR 20/21 BÂ â□□ Rn. 7) sind ebenso weder vorgetragen noch erkennbar.

Â

Die Aufhebung der Vollziehung des Bescheids vom 21.09.2022 und die einstweilige Verpflichtung des Antragsgegners zur Zahlung der dem Antragsteller bisher nicht erbrachten Leistungen beruht auf Â§ 86b Abs. 1 Satz 2 SGG und der noch anhaltend bestehenden Notlage des Antragstellers aufgrund der vollstÃ¤ndigen Entziehung von Leistungen.

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf Â§ 193 SGG.

Â

Die Beschwerde gegen diesen Beschluss ist ausgeschlossen *(Â§ 177 SGG)*.

Erstellt am: 10.01.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024